



# THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN  
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN  
02 | 2008 JAHRGANG 6



## Europas Klimapolitik

Interview mit Holger Kraemer MdEP



Datenschutz ist  
Bürgerrecht: Sensibler  
Umgang mit der  
Privatsphäre wichtig



Stopp der Thüringer  
Neuverschuldung: Bei  
der Umsetzung scheiden  
sich die Geister



Simone de Beauvoir:  
Ein Portrait über  
die Wegbereiterin des  
Feminismus



Linke Lagerbildung

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

Auch wenn es Mancher nicht wahr haben will: Offensichtlich gibt es zwei gesellschaftliche Lager in Deutschland. Die Wahlen in Hessen und Niedersachsen haben es letztlich gezeigt; die gesellschaftlichen Strömungen deuten generell darauf hin. Innerhalb der Bundesrepublik teilt sich die Stimmung in ein bürgerliches und ein linkes Lager. Dabei ist die Trennung längst nicht so einfach, wie mancher glauben mag. Die Lager machen sich nicht generell an Klassen, Konfessionen, Regionen oder ähnlichem fest. Es gibt den Apotheker, der der West-PDS angehört gar nicht so selten, wie die ebenso zahlreichen Arbeitslosen, die FDP wählen. Nicht wenige Mittelständler wählen (unverständlicherweise) links, viele Erwerbstätige bleiben (nachvollziehbar) auf der bürgerlichen Seite.

Insofern ist das Schielen auf ein bestimmtes Klientel oder auf einen bestimmten Bevölkerungsteil falsch. Wer sich darauf verlässt, wird bald verlassen – und zwar

von seinem vermeintlichen Wählerstamm. Genau das aber macht das linke Spektrum in Deutschland, das von der PDS über Grüne und SPD bis in die CDU reicht. Insofern darf man ein wenig beruhigt sein. Denn erfolgreich ist dies für linke Politik nur kurzfristig. Sie schaffen es, durch Klientelpolitik Wähler zu mobilisieren. Sie schöpfen allerdings ihre Kraft nur aus der Tatsache, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger der Mitte nicht zu den Wahlurnen begeben.

Das ist eine Krux, die aufgebrochen werden muss: Während einerseits aus Protest links gewählt wird, wird sich andererseits auf der bürgerlichen Seite viel zu oft der Wahlurne ferngehalten. Beleg dafür ist der Stimmenverlust der CDU. Ihre Wähler wandern zur FDP und gleichermaßen zu den Nichtwählern und der PDS ab! Es geht deshalb in den kommenden Monaten darum, bürgerliche Wähler zu mobilisieren. Freilich ist diese Aufgabe nicht einfach.



Foto: Axel Heyder

Besonders im Freistaat Thüringen ist eine gewisse Wechselstimmung spürbar. Zu lange hat die CDU zu wenig getan. Dennoch: Die Thüringer wollen in ihrer Mehrheit keine rot-rote Regierung. Deshalb muss die FDP einen „dosierten Machtwechsel“ im Freistaat forcieren. Und dafür wird sie gerade jene Menschen ansprechen, die die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht mit linken Parolen beantwortet wissen wollen.

Unser Aufruf gilt gerade für Thüringen: Wer sich von der Politik abwendet, wird am Ende diejenigen in den Parlamenten bequem Platz nehmen lassen, die er gar nicht wollte. Und das wollen wir alle nicht.

Ihr

Patrick Kurth  
Generalsekretär, Leitender Redakteur

## Konjunktur bürgerlicher Werte

Liberaler treten für Wahrung traditioneller Ideale ein

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die FDP bei nahezu allen Wahlen stetig verbessert. Die Liberalen sind mittlerweile in zwölf von 16 Landtagen vertreten. Im Deutschen Bundestag sitzen heute 61 liberale Abgeordnete. Die FDP ist damit die größte Oppositionsfraktion. Dies ist einerseits auf die hervorragende Sacharbeit zurückzuführen. Offensichtlich gibt es aber auch eine gesellschaftliche Veränderung.

Ende 2007 veröffentlichte das Institut für Demoskopie Allensbach eine aufschlussreiche Untersuchung. Die Liberalen werden nach der CDU am zweithäufigsten als bürgerliche Partei wahrgenommen. In den östlichen Bundesländern empfinden dies 40 Prozent der Befragten so. Die CDU kommt bei dieser Frage auf 41 Prozent. Die bürgerliche Gesinnung wird

nach dieser Untersuchung von den Bürgern als durchweg positiv angesehen. Als bürgerliche Tugend wird vor allem angesehen, wenn man sich für das Wohlergehen seiner Familie einsetzt – zuverlässiger, vertrauenswürdiger und verlässlicher Staatsbürger ist. Auch Fleiß und Arbeit sowie Engagement für die Gemeinschaft gelten neben anderen Eigenschaften als bürgerlich. Die Demoskopien verzeichnen



seit etwa zwei Jahrzehnten eine Zunahme der Zustimmung zu vielen bürgerlichen Tugenden, 63 Prozent der Bürger beklagen einen Rückgang der Bedeutung der bürgerlichen Werte.

Bemerkenswert ist jedoch, dass nur 26 Prozent der Befragten den Begriff der Freiheit als bürgerlich ansehen. Dies stellt für uns eine große Chance dar. Neben der Vermittlung unserer politischen Ideen müssen wir dem Bürger gegenüber unsere bürgerliche Ausrichtung, also die Werte, für die wir kämpfen, stärker betonen. Für den Bestand dieser Werte ist Freiheit die oberste Voraussetzung. Wenn wir es schaffen, dem Bürger diesen Zusammenhang klar zu machen, werden wir in noch größerem Umfang von dieser Entwicklung profitieren können. Uwe Barth MdB

# Datenschutz ist Bürgerrecht

## Sensibler Umgang bei der Preisgabe persönlicher Daten notwendig

Ich habe etwas zu verbergen. Was? Nun, meine Privatsphäre – sie ist mir heilig. Ich möchte einfach nicht, dass der Staat oder auch ein multinationaler Konzern munter Daten über mich sammelt, Profile erstellt und mich entsprechend der beobachteten Muster klassifiziert.

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror werden grundlegende Bürgerrechte zunehmend durch staatliche Maßnahmen beschnitten und gar gänzlich ignoriert. Der unbescholtene Bürger soll dabei mit der Formel „Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“ beruhigt werden. Tatsächlich verursacht mir gerade dieses Mantra große Sorgen. Liegt in ihm doch auch eine unterschwellige Drohung. Die intendierte Wirkung wird jedoch nicht verfehlt. Die meisten Bürger stehen den Einschränkungen ihrer Rechte eher gleichgültig gegenüber.

Die heutigen Bürgerrechte sind ein Schutz des Bürgers vor dem Staat und staatlicher Willkür. Sie sind auch ein Anspruchsrecht, das den Staat zu einem bestimmten Handeln verpflichtet. Damit dienen sie insbesondere der freien Persönlichkeitsentfaltung des Bürgers. Nun initiiert der deutsche Staat umfangreiche Überwachungsmaßnahmen und eine allgemeine, verdachtsunabhängige Datenerhebung und -speicherung – nominell zur Terrorprävention: die Videoüberwachung öffentlicher Räume, das Speichern von Verkehrsdaten der Telekommunikation, also Zeitpunkte, Rufnummern und Orte, Email-Empfänger und Senderadressen und nicht zuletzt auch die heimliche Durchsuchung von Computern.

Mit diesem Maßnahmenkatalog wird die freie Persönlichkeitsentfaltung empfindlich gestört. Dies geschieht nicht direkt durch die einzelnen Daten, die jeder von uns bereitwillig oder zwangsläufig im Alltag

produziert: Nutzung des Internets schon zum Frühstück (statt der Tageszeitung), ein Mobiltelefonanruf vom Bahnhof nach Hause kurz nach Feierabend, eine Email an den Kollegen am späten Abend, eine Kreditkartenzahlung im Versandhandel. Die Gefahr, auch für den unbescholtenen Bürger, geht von der Aggregation der Daten aus. Aus vielen kleinen, einzeln unverfänglichen Daten lässt sich für jeden Bürger aufgrund statistischer Modelle ein Profil über seine Persönlichkeit und Aktivitäten erstellen und damit auch über den Grad seiner Ver-

Daten wird zu einer konformistischen Verhaltensänderung führen. Dies ist der Weg in einen totalitären Staat. Eine Tatsache, die bereits das Bundesverfassungsgericht 1983 in seinem Volkszählungsurteil besonders hervorhob und die bis vor einiger Zeit auch mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewürdigt wurde.

Wozu kann das wilde Datensammeln und -auswerten noch führen? Erst vor kurzem wurde mit einer Rasterfahndung – und die verdachtsunabhängige Datenerhebung und -speicherung ist nichts anderes als eine permanente Rasterfahndung mit unbestimmten Kriterien – nach einer bestimmten Gruppe von Straftätern gesucht. Jeder, der mit seiner Kreditkarte über das Internet einen bestimmten Betrag bezahlte, war verdächtig. Nun ließ sich der Anfangsverdacht, der mehrere tausend Bundesbürger traf, nur durch jeweils eine Hausdurchsuchung und einer Durchsuchung der vorhandenen Computer erhärten oder ausräumen. Da Computer nur von Spezialisten durchsucht werden können, mussten die entsprechenden Geräte zunächst beschlagnahmt werden. Natürlich traf diese Aktion in der Vielzahl gerade auch Unschuldige. Unschuldige, die in der Folge von ihrem sozialen Umfeld allein aufgrund ihrer Verdächtigung stigmatisiert wurden.

dächtigkeit oder Konformität. Nun ist grundsätzlich jeder verdächtig. Eine Unschuldsvermutung gibt es nicht mehr. Gerade der Unauffällige ruft besonderen Verdacht hervor, was zu weiteren Überwachungsmaßnahmen führt und gar eine Tiefenprüfung der Person bedingen kann. Spätestens jetzt sollte der Eingriff in die Persönlichkeitsentfaltung deutlich sein. Allein das Wissen um die allgegenwärtige Beobachtung und Auswertung persönlicher

Ein einziges Kriterium führte in diesem Beispiel bereits zur Verdächtigung. Fazit: Bei entsprechend umfangreichen Datensammlungen wird sich garantiert immer und bei jedem von uns etwas „Verdächtiges“ finden lassen. In diesem Lichte betrachtet, ist die Behauptung „Ich habe nichts zu verbergen“ nicht anders aufzufassen als „Ist mir doch egal, solange es mich nicht trifft.“ Aber morgen könnte es schon so weit sein. Prof. Dr. Dennis Dittrich, Erfurt



# „Europas Klimaziele sind realitätsfern“

Interview mit dem Europa-Abgeordneten Holger Krahmer

2004 wurde der gebürtige Leipziger Holger Krahmer für die FDP in das Europäische Parlament gewählt. Dort setzte er sich als Berichterstatter für die KFZ-Recycling-Richtlinie erfolgreich für die merkliche Reduzierung des bürokratischen Aufwandes ein. Zuletzt war er Berichterstatter zur Abgasnorm „Euro 5“ und parlamentarischer Berichterstatter für die Luftqualitätsrichtlinie. Zudem ist er Mitglied im Umwelt- und im Klimawandelausschuss. ThL bat zum Interview.

**ThL:** Das Jahr 2007 war das der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Hat die Kanzlerin einen guten Job gemacht?

**Krahmer:** Ja, das war ein guter Job. Sie hat sich als exzellente Moderatorin erwiesen und am Ende den nötigen pro-europäischen Konsens erzielt. Der EU-Grundlagenvertrag ist bei weitem noch nicht, was ich mir für ein politisch handlungsfähiges Europa wünsche. Aber er ist das Ergebnis des derzeit Möglichen. Nun kommt es

darauf an, den erzielten Konsens auch in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen. Ein zweites Mal darf der Ratifizierungsprozess nicht scheitern. In den allgemeinen Lobgesang für die Weltklimakanzlerin möchte ich dagegen nicht einstimmen.

**ThL:** Was kritisieren Sie denn?

**Krahmer:** Die Bundeskanzlerin hat europäische Klimaziele vereinbart, deren Machbarkeit ich für vollkommen realitätsfern halte. Schon die bisherigen haben wir weit verfehlt. Europa ist Weltmeister im Setzen von Zielen, die es nie und nimmer erreichen wird. Bis 2020 soll die EU 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren und die erneuerbaren Energien sollen auf einen Anteil von 20 Prozent anwachsen. Zum Vergleich: Jetzt sind wir bei gerade mal 5 Prozent. Und unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen europaweit statt zu sinken! Steuererhöhungen sind vorprogrammiert, um Subventionen für erneuerbare Energien zu finanzieren. Zugleich gehen aber die Kosten für deutsche Produkte und Energie

weiter in die Höhe. Das wird in der Folge jeden Verbraucher hart treffen, ebenso wie die Unternehmen. Diese Ziele sind in Wahrheit nur zu erreichen, wenn jeder Einzelne zur Kasse gebeten wird. Das alles scheint noch nicht jedem bewusst zu sein, sonst würde der Beifall für Frau Merkel wohl schnell abklingen. Europa muss seine Strategie für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen für ein Kyoto-Folgeabkommen überdenken. Die Präsentation als Klimamusterschüler ist angesichts der europäischen CO<sub>2</sub>-Bilanz der letzten Jahre nicht glaubwürdig. Und das Signal aus Bali ist, dass das verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsregime nicht akzeptiert wird. Es ist möglicherweise klug, daran nicht fest zu halten. Stattdessen sollten Mechanismen des Technologietransfers und der Innovationsförderung in den Vordergrund gerückt werden.

**ThL:** Im Dezember hatten Sie Ihren großen Tag: Das Parlament hat über den von Ihnen ausgehandelten Kompromiss zur

Feinstaubrichtlinie abgestimmt. Zufrieden?

**Krahmer:** Ja. Ich bin sehr zufrieden! Dafür habe ich zwei Jahre lang gearbeitet. Mir ging es darum, eine Balance zwischen Gesundheitsschutz und Machbarkeit zu schaffen. So sind ab 2010 die Kommunen nicht mehr verpflichtet, kurzfristige Maßnahmen wie beispielsweise Fahrverbote zu ergreifen. Die bringen für die Luftqualität gar nichts, schaden aber Handel und Gewerbe. Stattdessen kommen wir um bessere Standards für die am meisten zunehmenden Verschmutzungsquellen nicht herum: zum Beispiel Schifffahrt, Landwirtschaft oder private Kamine.

**ThL:** Aber in Deutschland werden gerade überall Umweltzonen eingeführt.

**Krahmer:** Das stimmt. Aber die werden von der EU nicht gefordert, auch nicht in Zukunft. Das meine ich zum Beispiel mit kurzfristigen Maßnahmen, die nichts bringen. Wenn es zu erhöhten Feinstaubkonzentrationen vor Ort kommt, dann liegt das nicht etwa am Verkehr: In Berlin gab

es zum Beispiel an Weihnachten besonders hohe Messwerte, dabei war es über die Feiertage auf Berlins Straßen traditionell ganz leer. Da lag es am Wetter; es gab eine so genannte Inversionswetterlage. Das kennen wir alle, man sagt dann „die Luft steht“. An solchen Tagen Fahrverbote für ältere Autos zu verhängen ist Schikane: Am Ende sind es die Geringverdiener und Kleinunternehmer, die ohne ihr Fahrzeug nicht zur Arbeit kommen und sich auch kein Neues leisten können.

**ThL:** Was steht im Jahr 2008 auf der Brüsseler Agenda?

**Krahmer:** Wir werden wieder über Warnhinweise auf Schnapsflaschen diskutieren, fürchte ich. Ein großes Thema wird auf jeden Fall der zweite Anlauf für die Energiemarktliberalisierung, diesmal mit der Brechstange. Für die Industrie werden Verbrauchsobergrenzen für PKW das Jahresthema 2008 sein, für Deutschland als ein Automobilstandort der Premiumklasse besonders brisant. *red*



#### INFORMATIONEN ZUR PERSON

In der Umweltpolitik setzt der 37-jährige Holger Krahmer neue Akzente: „Pragmatische Umweltpolitik ist wissensbasiert und sucht mit rationalen Argumenten nach den effizientesten Lösungen. Es gilt, sich gegen die Ideologisierung der Umweltpolitik zu wehren, die häufig als Weltanschauungs- und Religionsersatz missbraucht wird. Auch in der Klimapolitik gilt: Wer die Angst vor der Katastrophe schürt, kommt nicht zu politisch vernünftigen Entscheidungen.“

# Zu Lasten der Kommunen

## Neuverschuldungsstopp überfällig – Beim „Wie“ scheiden sich die Geister

Schon lange ist es eine ureigene Forderung der Liberalen, dass der Freistaat Thüringen endlich keine neuen Schulden mehr anhäuft. Nur haben die Liberalen an vielen Stellen deutlich andere Vorstellungen gehabt, als das jetzt von Seiten der Landesregierung geschieht. Anstatt ernsthaft Bürokratie abzubauen, veranstaltet der Freistaat einen gewaltigen Verschiebebahnhof zu Lasten der Kommunen. Wenn Aufgaben nach unten delegiert werden, wird eben nicht dafür Sorge getragen, dass damit auch eine angemessene Finanzausstattung verbunden ist. Stattdessen ist im kommunalen Finanzausgleich kräftig der Rotstift angesetzt worden. Und da ist beispielsweise nicht nur einfach die Invest-

Euro. Dadurch werden Baumaßnahmen immer kleiner, müssen immer länger gestreckt werden. Vorhaben, die schon längst realisiert sein sollten, rutschen auf die lange Bank und stehen nun Jahre später im Finanzplan. Unzählige weitere Kommunen teilen dieses Los.

Natürlich wissen auch liberale Kommunalpolitiker; dass im Landesdurchschnitt die Kommunen angeblich ein Plus von 178 Millionen Euro erwirtschaftet haben sollen. Aber wie das so mit Statistiken ist – die Kuh erstickt in einem durchschnittlich einen Meter tiefen Teich. Während es wohl einer Reihe von Kommunen mit guten Standortbedingungen ganz passabel geht, wird der ländliche Raum weiter abgekoppelt.

keit der kommunalen Finanzausstattung in Thüringen „um die Ohren hauen lassen“ musste, nun mit spitzem Bleistift den Finanzbedarf der Kommunen klein rechnet. Der Gipfel dabei ist die Forderung, die Kommunen könnten ja die kommunalen Steuern erhöhen. Die Verbesserung von Standortvorteilen erreicht man nicht mit Steuererhöhungen. Damit vertreibt man allenfalls Menschen.

Richtig ist ohne jeden Zweifel, dass der Freistaat Thüringen keine neuen Schulden anhäufen darf. Von dieser uralten Forderung der FDP rücken auch die liberalen Kommunalpolitiker nicht ab. Anstatt aber die Lasten auf die Städte, Gemeinden und Landkreise abzuwälzen und diese in neue Schulden zu treiben, muss das Land selbst seine Strukturen überlebensfähig gestalten. Und ganz nebenbei ist es gehalten, viel stärker die eigenen Ausgaben zu überprüfen. Es ist nicht schwer, unsinnige Ausgaben auf Landesebene zu benennen, dazu muss man nicht einmal millionenschwere Ski-Tunnel bemühen. Kommunalpolitiker wissen sehr genau, dass sie sparen müssen. Vor allem in kleineren Kommunen tun sie dies auch viel bewusster, als auf Landesebene. Wer aber dafür sorgt, dass vor Ort immer mehr Investitionsstau entsteht, überlässt nicht nur kommenden Generationen große Sorgen, sondern entzieht dem heimischen Mittelstand letztlich die Existenzgrundlage.

*Dirk Bergner*



pauschale gestrichen worden. Indem auch die Landkreise einerseits an Zuweisungen empfindlich verloren haben, andererseits durch Ausgaben im sozialen Bereich kräftig zur Kasse gebeten werden, sehen sie zu, wie sie ihre eigenen Defizite ausgleichen können. Das wiederum machen sie, indem sie die Kreis- und Schulumlage erhöhen, wie die Erfahrung zeigt. Vergeblich hatte zum Beispiel die Fraktion FDP/IWA im Greizer Kreistag versucht, dies abzuwenden. Um es ganz konkret zu sagen: Für eine Kleinstadt wie Hohenleuben bedeutet das den Wegfall von rund 30.000 Euro Investpauschale und die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage um rund 40.000

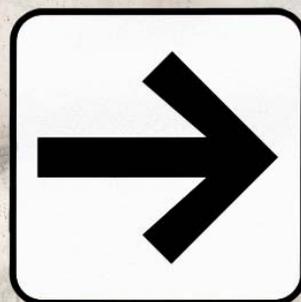
Wer – zum Beispiel als Tiefbauplaner – in starkem Umfang für die öffentliche Hand arbeitet, sieht klar die Folgen: Indem selbst das Nötigste nicht mehr investiert werden kann, brechen Kapazitäten weg, wandern Fachleute ab, um dorthin zu gehen, wo sie ein angemessenes Auskommen haben. So wird das Abwälzen der Schulden zu Lasten der Kommunen zum Bumerang: Anstatt den vielgepriesenen und dringend notwendigen selbst tragenden Aufschwung zu initiieren, fördert das Land vielerorts die „Verödung der Fläche“ und damit einhergehend die Abwanderung.

Kritikwürdig ist es, wenn das Land, nachdem es sich die Verfassungswidrig-



### INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Dirk Bergner (43), Diplom-Ingenieur für Bauwesen, ist Landesvorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und Kreisvorsitzender des FDP-Kreisverbandes Greiz.



# „Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht!“

Simone de Beauvoir als Wegbereiterin des Feminismus

Zehn Jahre ist es her, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Präsentation seines Kabinetts im Jahre 1998 die Ministerin Christine Bergmann als zuständig für „Familie, Senioren und das andere Gedöns“ vorstellte. Diese verbale Entgleisung offenbarte eine besonders respektlose Form des Desinteresses, welches so genannten „Frauthemen“ auch heute noch oftmals entgegengebracht wird und frauenpolitische Diskussionen vor allem diejenigen ansprechen, die ohnehin eine hohe Affinität zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit haben.

Offenbar bedarf es eines besonderen Anlasses, um eine breitere Öffentlichkeit für eine Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen des Geschlechterverhältnisses zu interessieren. 2008 – das Jahr in dem die französische Philosophin, Schriftstellerin und Feministin Simone de Beauvoir einhundert Jahre alt geworden wäre, bietet hierfür Gelegenheit. Gemeinsam mit der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ hatten die Liberalen Frauen Thüringen am Vormittag des 26. Januar 2008 ins Kaiserin Augusta Hotel nach Weimar eingeladen, um über das Werk de Beauvoirs zu diskutieren und nach der Aktualität ihrer Thesen und den „Möglichkeiten der Freiheit“ für Frauen zu fragen. Mit Prof. Ilse Nagelschmidt, Germanistin, und Kristin Wojke vom Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (beide Uni-

versität Leipzig) waren zwei kompetente Referentinnen zu Gast, um dem Podium in verständlicher Form die theoretischen Grundlagen Simone de Beauvoirs nahe zu bringen.

Kaum eine andere Schrift hat Frauen in aller Welt und die Disziplin der Geschlechterforschung mehr beeinflusst, als de Beauvoirs 1951 in deutscher Sprache veröffentlichte Abhandlung „Das andere Geschlecht“ (im französischen Original von 1949 „Le Deuxième Sexe“). In ihrer Betrachtung schildert sie die Rolle von Frauen in der patriarchalischen Gesellschaftsordnung und zeichnet ein eindrückliches Bild ihrer Alltagswelt. Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht die Annahme, dass der Mann als das Absolute, das Subjekt, gesetzt sei, die Frau sei hingegen das Andere, das Objekt. „Wir werden nicht als Frauen geboren, wir werden dazu gemacht“ – dieser Kernsatz ist eine der zentralen Thesen feministischen Denkens. Nach de Beauvoirs Verständnis wurden Frauen durch Männer zu dem, was sie waren: nachrangige Wesen, die ihre eigene Existenz in erster Linie über die Abhängigkeit von Männern definieren. Dieser provokative Vorwurf war stets umstritten und wurde im Laufe der Zeit verworfen. In der aktuellen Forschung herrscht die Interpretation vor, dass es in erster Linie Sozialisationseinflüsse sind, wodurch traditionelle Geschlechterrollen weitergegeben werden. Simone de Beau-

voir ging hingegen von der Existenz biologischer Unterschiede zwischen den Geschlechtern aus. Demnach seien Männer von Natur aus aktive, Frauen passive Wesen. Diese Prämisse findet in der heutigen Forschung keine eindeutige Zustimmung. Vielmehr geht man davon aus, dass Annahmen über das „So-Sein“ von Männern und Frauen auf Stereotypen beruhen, die durch Erziehung von einer Generationen auf die nächste übergehen. Aus diesem Grund halten sich geschlechtstypische Vorurteile hartnäckig und werden durch das ständige Wiederholen nicht richtiger. Im Gegenteil wird dadurch ein Beitrag zur Verfestigung des Geschlechtersystems geleistet, so einige Wissenschaftlerinnen. Die Frage, wie die Emanzipation – also Selbstverwirklichung – für Frauen möglich sei, beantwortet Simone de Beauvoir mit der Empfehlung, „weibliche“ Eigenschaften abzulehnen. Wichtigstes Mittel der Verwirklichung eines eigenständigen Lebensentwurfes sei die finanzielle Unabhängigkeit.

Insgesamt wurde dem Publikum im bis auf den letzten Platz gefüllten Veranstaltungssaal in Weimar eine umfassende Einführung in das Werk der französischen Intellektuellen gegeben. Simone de Beauvoir war eine brillante Theoretikerin, die grundlegende Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens stellte und auch heute noch zur Diskussion über das Geschlechterverhältnis anregt. eve

# Margarethe (Grete) Unrein

## Ein Portrait

**Am 22. April 1948 beschloss die Jenaer Stadtverordnetenversammlung die Umbenennung der Normannenstraße in Grete-Unrein-Straße. Wer war diese Frau?**

Grete Unrein wurde am 18. November 1872 als älteste Tochter Ernst Abbes in Jena geboren. Abbe – Unternehmer und Sozialreformer – schuf zusammen mit Carl Zeiss und Otto Schott die Grundlagen der modernen Optik, entwickelte viele optische Instrumente und verhalf der Firma Carl Zeiss, die 1889 von Abbe in die vom ihm gegründete Carl-Zeiss-Stiftung überführt wurde, zu Weltruhm. Margarethe Abbe heiratete im Jahre 1894 den Gymnasiallehrer Otto Unrein.



Grete Unrein:

\* 18. November 1872 in Jena.

† 5. November 1945 in Jena

Von einer beruflichen Tätigkeit Grete Unreins ist nichts bekannt. Aber die Abstammung aus dem für Jena und Deutschland so bedeutenden Haus Abbe schlug sich in ihrem gesellschaftlichen Engagement nieder: Sie setzte sich Zeit ihres Lebens für die Belange ihrer Mitmenschen ein. Grete Unrein hat das Vermächtnis ihres Vaters stets gewahrt und versucht, für die Stadt und die Stiftung die Ideen ihres Vaters in

die Tat umzusetzen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben sah sie darin, für Mädchen und junge Frauen gleiche Chancen in der Ausbildung zu schaffen.

Neben ihrem Wirken für gleiche Bildungschancen an den Schulen der Stadt, setzte sich Grete Unrein nachhaltig für die Einrichtung eines Kinderkrankenhauses in Jena ein. Nachdem alle Schwierigkeiten überwunden waren, konnte 1917 das Kinderkrankenhaus der Carl-Zeiss-Stiftung eröffnet werden. Sie leitete das Mütterheim, war Vorstandsmitglied und jahrelang I. Vorsitzende des Patriotischen Instituts der Frauenvereine vom Roten Kreuz – diese Organisation widmete sich in ehrenamtlicher Tätigkeit der Fürsorge für in Not geratene Menschen. In der schon im November 1918 gegründeten Deutschen Demokratischen Partei sah Grete Unrein ihre politische Heimat. Von 1919 bis 1933 gehörte sie dem Jenaer Stadtrat ununterbrochen an und war im Ausschuss für das Jugendamt tätig. Grete Unrein gründete mit Vertretern der Universität, der Landesregierung, thüringischen Unternehmerverbänden, der Stadt, der Zeiss-Stiftung und Privatpersonen 1921 die „Gesellschaft der Freunde der Landesuniversität Jena“.

1922 verstarb ihr Mann. Umso intensiver bemühte sie sich für das Gemeinwohl, in der Fürsorge für Alte, Verlassene und in der Trinkerfürsorge. 1932 wurde sie zweite stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates. Anlässlich ihres 60. Geburtstages wurde sie in Anerkennung ihrer Verdienste Ehrenbürgerin der Stadt. Ende 1932 begann gegen Unrein eine Diffamierungskampagne: Einflussreiche Mitglieder des Vereins,

die Mitglieder der NSDAP geworden waren, versuchten, Unrein aus der Leitung des Frauenvereins zu verdrängen. An der Stadtratssitzung am 9. März 1933, auf der die Nazis auch die Herrschaft in der Jenaer Stadtverwaltung an sich rissen, nahm sie, wie die Abgeordneten der KPD und SPD, aus Protest nicht teil. Die DDP, die sich bereits 1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt hatte, löste sich unter dem Druck der Nazidiktatur auf. Trotzdem versuchte sie alles in ihren Kräften stehende zu tun, um demokratische Errungenschaften zu erhalten.

Grete Unrein setzte sich auch persönlich für jüdische Bürgerinnen und Bürger und vom Naziregime Verfolgte ein. Sie leistete nicht nur moralische sondern auch, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, finanzielle Hilfe. Enge Kontakte knüpfte sie zu Ricarda Huch. So war sie stets und ständig Anfeindungen ausgesetzt. Nach 1945, im hohen Alter, tat sie alles, um am Neuanfang des gesellschaftlichen Lebens aktiv teilzunehmen. Sie wurde Mitglied der Liberaldemokratischen Partei. Doch ihre angegriffene Gesundheit bewirkte ein Nachlassen der Kräfte. Am 05. November 1945 verstarb Grete Unrein.

Der Kreisverband der Jungen Liberalen Jenas ehrt das Andenken an die große Liberale durch die jährliche Auslobung eines Ehrenamtspreises für hervorragendes Engagement in der Jugendarbeit. Dieser Preis trägt ihren Namen. Das liberale Vermächtnis Grete Unreins wird durch ihre Enkelin Helga Eidmann fortgesetzt. Sie ist, obwohl im Hessischen Baunatal lebend, Mitglied der FDP Thüringen geworden. *ir*

### IHR BILD WIRD GESUCHT!

Das Foto- und Bilderarchiv der Thüringer FDP soll weiter ausgebaut werden. Ob Sommerfeste, Podiumsdiskussionen, Wahlkampfkampagnen, Vorstandswahlen oder Gruppenaufnahmen – viele Bilder schlummern auf den Computern oder in den Schubfächern der Thüringer Liberalen. Deshalb unser Aufruf: Bitte

senden Sie uns Ihre Bilder zu! Um Ihre Bilder auf unserer Homepage oder in der Thüringer Liberal veröffentlicht zu können, sollten diese in hoher Auflösung (jpg und tiff) per eMail oder Post an die Landesgeschäftsstelle der FDP Thüringen geschickt werden. Wir freuen uns auf Ihre Einsendungen!





Gäste auf dem Neujahrsempfang: Andreas Wiese, Cornelia Pieper, Uwe Barth und Thomas Nitzsche (v.l.n.r.)

## Mut zum Aufbruch

Jahresauftakt der Thüringer Liberalen in Jena

Unter dem Motto „Mut zum Aufbruch“ stimmten sich die Thüringer Liberalen auf dem diesjährigen Neujahrsempfang in Jena auf das Vorwahljahr 2008 ein. Den mit über 250 Gästen gut besuchten Spiegelsaal im Hotel „Schwarzer Bär“ füllten neben kommunalpolitischen Spitzen auch zahlreiche Verbandsvertreter; Mittelständler und Unternehmer; sowie viele interessierte Bürgerinnen und Bürger. Mut zum Aufbruch bewies bei der Eröffnung der Jenaer Kreis-

vorsitzende Thomas Nitzsche. Seine deutliche Kritik an der „Politik der Gefälligkeiten“ des ebenfalls anwesenden Jenaer Oberbürgermeisters Dr. Schröter (SPD) sorgte für Diskussionsstoff. Sie vermochte es aber; die Ambitionen der Thüringer klarzustellen. Kommunalpolitische Themen im Hinblick auf 2009 sind laut Nitzsche die interkommunale Zusammenarbeit, eine effektive Wirtschaftsförderung, sowie eine „ernsthafte Konsolidierung des Stadthaushaltes“.

Der Fraktionsvorsitzende im Jenaer Stadtrat, Andreas Wiese, forderte ergänzend eine Rolle Jenas nicht nur als „Leuchtturm“ für eine Region, sondern auch als „Vorreiter“. „Dazu bedarf es unbedingt eines solide geführten Haushalts, der innovative Investitionen ermöglicht.“

Landespolitisch wurde es dann in der Rede des FDP-Landeschefs Uwe Barth. So sprach er sich energisch gegen eine rot-rote Koalition aus und wies gleichzeitig darauf hin, dass eine solche Konstellation nur durch eine starke FDP verhindert werden könne. Zudem müssen aus Schuldigkeit nachfolgender Generationen gegenüber; vehement Schulden abgebaut werden. Höhepunkt und Abschluss des Empfanges bildete der Auftritt der stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden, Cornelia Pieper. In ihrer Rede wandte sie sich abschließend vor allem an jene, die bis dato noch nicht liberalen Gedankenguts nachhängen. „Eine Regierung, die ihren freien Bürgern nicht vertraut, der sollten die Bürger auch nicht vertrauen. Wenn sie ihre Freiheit behalten wollen, müssen sie uns unterstützen.“ pag

## Wie koalitionswillig ist eigentlich die SPD?

Stimmen nach der Wahl – zusammengestellt von Ullrich Rebs

Nach der Hessenwahl ist die Diskussion um eine Ampelkoalition aufgeflammt. Mit martialischen Worten und Parolen versucht gerade die SPD die FDP in ein Bündnis zu ziehen. Dazu Stimmen aus der FDP:

„Wenn Frau Ypsilanti nicht Zweirad fahren kann, machen wir ihr nicht das Stützrad.“ Jörg-Uwe Hahn, Spitzenkandidat FDP Hessen

„Die SPD spricht von staatspolitischer Verantwortung und will deshalb ein Bündnis mit uns. Wir sagen: Es ist in so einer Frage staatspolitische Verantwortung, gegenüber 9,2 Prozent der Wähler das zu halten, was vor der Wahl gesagt wurde.“ Dieter Posch, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

„Nein zu neuen Experimenten mit einer 'marktorientierten Planwirtschaft' oder einer 'sozialistischen Marktwirtschaft'. Der Plan muss weg. So heißt es im Grundsatz-

programm der Ost-SPD 1990. Eine Partei, die sich mit dem 'demokratischen Sozialismus' so weit von ihren Wurzeln entfernt hat, muss uns erklären, wie und warum wir mit ihr koalieren sollten. Nicht wir müssen erklären, warum das nicht geht.“ Uwe Barth MdB, FDP-Landesvorsitzender Thüringen

„Nur weil sie rechnerisch möglich sind, darf sich die FDP nicht zu Koalitionen nötigen lassen, von denen schon im Vorfeld feststeht, dass sie in der Sache nicht funktionieren können. Das ist staatspolitische Verantwortung. Es spricht im übrigen auch für sich, dass dieses Argument in Richtung der Grünen überhaupt nicht bemüht wird.“ Thomas Nitzsche, FDP-Kreisvorsitzender Jena

„Es ist unglaublich, uns vor der Wahl als Umfallerpartei zu diffamieren und nach der Wahl genau das zu verlangen.“ Heinz Untermann, Kreisvorsitzender Sömmerda, Mitglied im Landesvorstand der FDP Thüringen

„Die SPD verlangt von der FDP einen Wortbruch, um den eigenen zu umgehen. Die Beleidigungen haben dabei zugenommen. Mit Worten wie 'Steigbügelhalter' oder 'Wurmfortsatz' lädt man wohl kaum jemanden in eine Koalition ein.“ Patrick Kurth, Generalsekretär der FDP Thüringen

„Die Diffamierungsversuche der SPD sind inhaltlich Quatsch, denn der 'Wurmfortsatz' an sich ist kein nutzloses Anhängsel: Er beherbergt nützliche Bakterien, die verhindern, dass sich gefährliche Krankheitserreger im Organismus ausbreiten.“ Franka Hitzing, stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Thüringen zum politischen Aschermittwoch

„SPD und Grüne suchen einen nützlichen Idioten, der ihnen eine linke Mehrheit ermöglicht. Liberal sind wir, aber blöd sind wir nicht.“ Guido Westerwelle, Bundesvorsitzender der FDP

# Politischer Aschermittwoch

## Feiern mit Tradition

Der politische Aschermittwoch hat auch bei den Thüringer Liberalen Tradition. Nach eigenen Angaben die längste, pflegt der Kreisverband Gotha. Auf Einladung des FDP-Ortsvorsitzenden Jens Panse trafen sich die Liberalen in Dachwig. Praktisch parteiübergreifend rechneten die Redner in ironischer Form mit dem vergangenen Jahr ab: FDP-Kreischef Torsten Kirchner; Bürgermeister Volker Aschenbach (SPD),

VG-Chef Stephan Müller (CDU) und FDP-Generalsekretär Patrick Kurth.

Die Hauptveranstaltung der Liberalen fand indes traditionell in der Erfurter Brau- und Gastwirtschaft statt. Der Einladung zu Bier, Matjes und deftiger politischer Rhetorik folgten 200 Gäste. Traditionell ein Tag der starken Worte, stimmten Gastgeber Thomas L. Kemmerich und die stellvertretende Landesvorsitzende Franka Hitzing mit

verbalen Seitenhieben auf den politischen Gegner ein. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation nach den jüngsten Landtagswahlen im benachbarten Hessen, stand der polemische Rundumschlag des diesjährigen Gastredners Dieter Posch, MdL und wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, im Mittelpunkt des gelungenen Abends. *red*

## Schirmherrschaft

Anfang Februar 2008 übernahm der FDP-Kreisvorsitzende Saalfeld-Rudolstadt Marian Koppe und die Königseer FDP die Schirmherrschaft über die Erich-Schoner-Gedächtnisturniere für Nachwuchsfußballer in Königsee. Mit diesen Turnieren wird seit dem Jahr 2005 die Erinnerung an ein Urgestein des Fußballs in der Rinnestadt wachgehalten. Erich Schoner hat wie kein Zweiter seit der Nachkriegszeit die Entwicklung des Fußballsports nicht nur in Königsee, sondern auch auf Kreis- und Bezirks(Landes)ebene geprägt. Neben weiteren Sponsoren wurde die Veranstaltung seit Beginn vom FDP-Ortsverband sowohl personell als auch finanziell unterstützt. „Die Liberalen pflegen einen guten Kontakt zu den Kinder- und Jugendmannschaf-

ten des SV Thuringia. Die Pokale für die Siegerehrungen wurden von der FDP zur Verfügung gestellt“, so Marian Koppe. Er hofft auf rege Nachahmung auch in anderen FDP-Kreisverbänden.

## Strukturklausur

Zu einer Klausur zur inneren Organisation und Aufstellung der FDP-Kreisverbände trafen sich die Vorsitzenden, Schatzmeister sowie der Parteirat und der Landesvorstand Ende Januar in Erfurt. Ziel der Veranstaltung war die Klärung von Fragen zur Mitgliederverwaltung, der Buchhaltung und der Spendenabrechnung. Fachkundig begleitet wurde die Klausur von Walter Eschweiler, dem Chef vom Liberalen Parteiservice und Beauftragten des Bundesschatzmeisters. Die Klausur war Teil einer

Veranstaltungsreihe, die der Landesvorstand zur Vorbereitung auf das Superwahljahr 2009 durchführt. Im Herbst hatte sich eine Pressesprecherkonferenz zur Außenwirkung ausgetauscht, im kommenden April werden Regionalkonferenzen über die programmatische Aufstellung beraten.

## Regionalkonferenzen

Die Programmatik der FDP Thüringen steht bei den Regionalkonferenzen im April dieses Jahres im Zentrum. Ausgetauscht werden soll sich über inhaltliche Schwerpunkte im Superwahljahr 2009. Immerhin sind dann alle Parlamente zu wählen, die die Thüringerinnen und Thüringer wählen dürfen. Alle FDP-Mitglieder in Thüringen werden rechtzeitig zu den Regionalkonferenzen eingeladen.

## GEBURTSTAGE

**Thüringen Liberal gratuliert recht herzlich zum Geburtstag:** 93. Geburtstag: Ernst Nitsch, 88. Geburtstag: Walter Hübner, 87. Geburtstag: Bernhard Groeck, 85. Geburtstag: Rolf Lange, 82. Geburtstag: Gertrud Schau, 80. Geburtstag: Joseph Hoffmann, 79. Geburtstag: Willi Lange, 77. Geburtstag: Willi Lange, 77. Geburtstag: Kurt Braun, Dr. Manfred Lange, 76. Geburtstag: Marlis Radtke, 75. Geburtstag: Günther Konrad, 70. Geburtstag: Eberhard Bergt, Roland Flügel, 60. Geburtstag: Klaus-Dieter Büchner; Helmut Hamerschmidt, Hartmut Veit, 50. Geburtstag: Klaus-Dieter Drick, Manfred Reitz.

Herzliche Glückwünsche auch an alle weiteren Geburtstagskindern im Januar und Februar: Barbara Adams, Daniel Barth, Herbert Bernhardt, Anton Daburger; Hans-Jörg Enghusen, Herbert

Franz, Stephan Gail, Michael Gewohn, Ralph Grüneberger, Horst Grunert, Bernd Hesse, Franka Hitzing, Gerhard Jahns, Thomas L. Kemmerich, Torsten Kirchner, Dr. Helmut Krauß, Jürgen Lange, Fred Leise, Hubert Lindner, Antje Manetstätter, Stefan Marx, Christian Masengarb, Roger Morgenroth, Bertram Pelzer, Steffen Peter, Dr. Peter Röhlinger, Siegbert Rommel, Claus-Peter Roßberg, Ulrich Schütte, Gisela Sparmberg, Heiko Sparmberg, Martin Steinecke, Dirk Sterzik, Kevin Vogel, Andreas Wiese Ingeborg Wirtz. Alles Gute auch allen nahezu 250 Geburtstagskindern, die aus Platzgründen leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

**Jüngste Eintritte:** Wir begrüßen Helga Eidmann, Sybille Osterhagen, Gabriele Sesselmann, Johannes Frackowiak und Henrik Pradel in der FDP.

## Programmatik

Das LFA-Forum hat die weitere Arbeit in den Ausschüssen abgesteckt: Im Forum diskutierten Mitte Februar 2008 die Leiter der Landesfachausschüsse gemeinsam mit dem Generalsekretär die programmatischen Fragen für die nächsten Monate. Schwerpunkt der Ausschussarbeit in den nächsten Wochen ist die inhaltliche Vorbereitung der Regionalkonferenzen. Geprüft werden vor allem die Einträge im Liberalen Lexikon und die Zuarbeiten für ein Grundlagenpapier. An dieser Stelle die Einladung an alle Interessierten, mit und ohne Parteibuch, zur Teilnahme an der Ausschussarbeit. Termine entnehmen Sie bitte der Homepage [www.fdp-thueringen.de](http://www.fdp-thueringen.de).



# UMWELTSCHUTZ VS. INDUSTRIE?

## FÜR LIBERALE UMWELTPOLITIK. MIT AUGENMAß.

Nachhaltige Umweltpolitik muss stärker auf die ökonomische und soziale Entwicklung Rücksicht nehmen. Nur eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft kann Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt schützen. Die Umweltpolitik der EU darf Europa nicht von anderen Wirtschaftsräumen abkoppeln und so Standortnachteile für die heimische Industrie schaffen. Es gilt, sich auf das im europäischen Rahmen Machbare zu konzentrieren.

# „Thüringen fehlt die Marke!“

Uwe Barth MdB über den Auftritt Thüringens auf der Grünen Woche

**ThL:** Thüringens Auftritt auf der Grünen Woche hat Ihnen nicht gefallen. Warum?

**Barth:** Die Grüne Woche in Berlin ist die größte Verbraucher-Messe der Welt. Das ist eine Chance für Thüringen sich zu präsentieren. Bei uns sind Nahrungsmittel gleichzeitig Genussmittel – das muss Thüringen deutlich machen. Das Ziel sollte doch sein, nicht nur Produkte anzupreisen, sondern auch Menschen in unser schönes Land einzuladen.

**ThL:** Waren die Stände so schlimm?

**Barth:** Nein, die einzelnen Stände haben die Aussteller liebevoll und ansprechend gestaltet. Das fleißige Engagement der Beteiligten war beeindruckend. Thüringen an sich allerdings war schwer erkennbar: Es fehlte ein Konzept, eine einheitliche „Marke Thüringen“.

**ThL:** Was meinen Sie damit genau?

**Barth:** Quasi auf sich allein gestellt, mussten die Aussteller die Thüringer Fahne – wenn es denn eine gegeben hätte – hochhalten. Das kann und muss kein Aussteller leisten. Für die Gesamtvermarktung und das Außenbild trägt das Land Verantwortung.

**ThL:** Wie soll das aussehen?

**Barth:** Der Blick in andere Hallen wäre ein guter Anfang. Dort gab es ein koordiniertes und erkennbares Außenbild sowie ein ansprechendes Rahmenprogramm. Auf so einer Ausstellung müssen die Länder auch irgendwo die Klischees bestätigen. Auf der Bühne in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle sang ein alter Seebär Matrosenlied: Wir Thüringer hatten nicht einmal eine Fahne, geschweige denn eine Halle. Thüringen war nicht sichtbar. Unsere Nachbarn haben bekannte Klischees im positiven Sinn bestätigt, wir Thüringer auch – allerdings in negativer Art.

**ThL:** Gab es bei uns kein Bier und keine Bratwurst?

**Barth:** Gab es. Man musste allerdings erst einmal darauf kommen, dass in dieser Halenecke die Thüringer standen. Angesichts der Bedeutung der Messe bemisst sich der Erfolg doch nicht nach der Menge der verkauften Bratwürste oder des ausgeschenkten Bieres!

**ThL:** Die Landesregierung soll es richten?



Uwe Barth MdB zu Gast auf der Grünen Woche – hier am Stand der Herzgut Landmolkerei Schwarza

**Barth:** Wenn sie sich derart lobt, wie sie es getan hat, muss sie es. Grundsätzlich gilt: Die Landesregierung stellt gemeinsam mit den Ausstellern ein Konzept zur Gesamtvermarktung auf, gestaltet ein anständiges Programm und organisiert eine Bühne. Auf der Grünen Woche muss man das leisten. Eine unkoordinierte Messepräsenz schadet dem Außenbild Thüringens. Das wurde mir auf der Ausstellung, aber auch danach, von den Beteiligten bestätigt.

**ThL:** Vielleicht hat sich die CDU bewusst rausgehalten?

**Barth:** Offensichtlich unterliegt die Landesregierung einer dramatischen Fehleinschätzung zum Potential und zur Bedeutung der Grünen Woche in der Bundeshauptstadt Berlin. Die Messe zieht knapp eine halbe Million Gäste an. Diesen muss man den Freistaat in Gänze präsentieren – und das ist nicht gelungen.

**ThL:** Das Problem um die „Marke Thüringen“ ist nicht neu.

**Barth:** Richtig, Thüringen hat ein Grundproblem mit seiner Außenwirkung. Es gibt kein einheitliches Auftreten. Die fehlende Vermarktung ist seit Jahren aus der Tourismuspolitik bekannt. Die Regierung Althaus hat es nicht vermocht, dieses Problem zu lösen. Und auch zur Grünen Woche zeigte sich, dass Thüringen es nicht schafft, Synergien zu nutzen.

**ThL:** Welche Synergien?

**Barth:** Man kann die Grüne Woche für die Potentiale im Tourismus nutzen. Thüringen ist als Deutschlands Mitte für den Kurzurlaub interessant. Die besten Bratwürste Deutschlands gibt es in Thüringen – ich betone „in“ Thüringen. Oder nehmen Sie

kleine und innovative Unternehmen. Diese könnten verstärkt auf der Messe präsentiert werden. Für diese Hersteller ist es in Zeiten großer Lebensmittelketten immer schwieriger, in den Markt einzutreten oder sich dort zu halten.

**ThL:** Insofern kann die Landesregierung die Grüne Woche auch als Arbeitsmarktprogramm sehen.

**Barth:** Sie sagen es. Verkaufen sich Thüringer Firmen gut, wird Arbeit auf dem Lande gesichert.

**ThL:** Was ist zu tun?

**Barth:** Die Landesregierung muss für einen einheitlichen Auftritt Thüringens sorgen. Wir brauchen eine wiedererkennbare „Marke Thüringen“. Die CDU kann ihr allgemeines Warten auf 2009 so nicht einfach fortsetzen – sie hat Verantwortung für das Land, dieser Verantwortung muss eine Regierungspartei gerecht werden. Anfang 2009, bei der nächsten Grünen Woche, werden wir sehen, ob man dies gelernt hat. Nach der Landtagswahl werden die Liberalen im Landtag und in der Regierung ihre Vorstellungen einbringen. *red*

## IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

**Herausgeber** • FDP Thüringen | Pressestelle  
Tschalkowksstraße 35  
DE-99096 Erfurt  
Telefon +49 361 3456482  
Fax +49 361 3455924  
pressestelle-thueringen@fdp.de  
www.fdp-thueringen.de

**Redaktionsleitung** • Patrick Kurth

**Redaktion** • Evelyn Zschächner | eve  
Paul Gellner | pag  
Klaus-Dieter Landgraf | kd  
Ingo Reimann | ir  
Matthias Purdel | pur

**Layout & Satz** • RAUM II  
Körnerstraße 56  
DE-04107 Leipzig  
Telefon +49 341 30326760  
Fax +49 341 30326768  
info@raum-zwei.com  
www.raum-zwei.com

**Erscheinung** • 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.